

### Eigenerklärung

Diese Erklärung ist sowohl vom Hauptauftragnehmer als auch von allen, vom Bieter benannten Nachunternehmern und allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft mit dem Angebot abzugeben!

Erklärung der Frau/des Herrn ..... handelnd für das Unternehmen

.....

.....

(vollständige Anschrift)

Telefon: .....

Telefax: .....

E-Mail: .....

- als ☐ Bewerber/Bieter
- ☐ Nachunternehmer des Bieters .....
- ☐ Mitglied der Bietergemeinschaft .....

(zutreffendes bitte ankreuzen und die Bezeichnung des Bieters bzw. der BIGE ergänzen!)

Ich erkläre,

1. dass wir im Handelsregister bei dem Amtsgericht .....  
zu der Nr. .... eingetragen sind.
2. dass wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der  
angebotenen Leistung erfüllen.
3. dass Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechen ist, wegen  
illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften nicht in den letzten zwei Jahren mit  
einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr  
als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500,00 € belegt  
worden sind.

Ich erkläre ferner,

1. dass über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenz- oder vergleichbares Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt oder dieser Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist,
2. dass sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet,
3. dass das Unternehmen seine gesetzlichen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt,
4. dass den Beschäftigten unseres Unternehmens bei der Ausführung einer Leistung, die dem Geltungsbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes in der jeweils geltenden Fassung unterliegt, mindestens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgeltes gewährt werden, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach dem Arbeitnehmerentsendegesetz erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben wurde.

Dies gilt entsprechend für Mindestentgelte, die aufgrund des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG) für den jeweiligen Wirtschaftszweig in der jeweils geltenden Fassung festgesetzt worden sind.

5. dass Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, nicht rechtskräftig verurteilt ist wegen:
  - a) § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
  - b) § 261 des Strafgesetzbuches (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
  - c) § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,

- d) § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen den Haushalt richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,
- e) § 334 des Strafgesetzbuches (Bestechung), auch in Verbindung mit Artikel 2 des EU-Bestechungsgesetzes, Artikel 2 § 1 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung Artikel 7 Abs. 2 Nr. 10 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes und § 2 des Gesetzes über das Ruhen der Verfolgungsverjährung und die Gleichstellung der Richter und Bediensteten des Internationalen Strafgerichtshofes,
- f) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- g) § 370 Abgabenordnung, auch in Verbindung mit § 12 des Gesetzes zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (MOG), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden.

Einem Verstoß gegen die Vorschriften gleichgestellt sind Verstöße gegen entsprechende Strafnormen anderer Staaten. Ein Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn sie für dieses Unternehmen bei der Führung der Geschäfte selbst verantwortlich gehandelt hat oder ein Aufsichts- oder Organisationsverschulden gemäß § 130 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) einer Person im Hinblick auf das Verhalten einer anderen für das Unternehmen handelnden, rechtskräftig verurteilten Person vorliegt.

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben.

Ich bin mir bewusst, dass eine wissentlich falsche Angabe in der vorstehenden Erklärung

1. den Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat.
2. den Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

.....  
Ort/Datum

.....  
Unterschrift/-en